

EHRI Online Course in Holocaust Studies

IfZ, Library, J 55

Ghettos under Nazi-Rule – The German Administration

Translation: A03 Report of the German administration of Warsaw Ghetto

**Bericht des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk in Warschau, gez. A. [Heinz Auerswald],  
Warschau, vom 11. 11. 1941 (Entwurf)**

Zwei Jahre Aufbauarbeit im Distrikt Warschau.

Die Juden im Distrikt Warschau.

I. Die Lage bei Übernahme der Verwaltung.

In den Jahren von 1918 bis 1933 war es den Juden in Deutschland gelungen, ihren schon in der Zeit des Kaiserreichs erworbenen Einfluß in einer geradezu ungeheuerlichen Weise zu verstärken. Begünstigt durch die Verhältnisse der Systemzeit, brachten sie eine Position nach der anderen in ihre Hand, so daß sie schließlich überall in Politik, Wirtschaft und kulturellem Leben Schlüsselstellungen innehatten.

Ihren Nachschub an Menschenmaterial bezogen die „deutschen“ Juden dabei aus den Ostländern, vor allem aus der Republik Polen. Wenn sie am Schlesischen Bahnhof in Berlin ankamen, trugen sie noch ihren Kaftan. In den Straßen östlich des Alexanderplatzes wimmelte es von Ostjuden. Aber schon nach kurzer Zeit zogen sie, äußerlich der Umgebung angepaßt, in die westlichen Teile und schließlich in die Villenvororte Berlins.

Der Deutsche, der im Oktober 1939 in die besetzten polnischen Gebiete kam, war also von vornherein darauf gefaßt, hier das Ursprungsland aller dieser Ostjuden anzutreffen.

In der Tat war schon während des September-Feldzuges der starke jüdische Bevölkerungsteil nicht zu übersehen. Wo deutsche Truppen in eine Ortschaft kamen, tauchten alsbald die typischen Judengestalten auf, um zu betteln oder den Deutschen irgendetwas zu verkaufen.

Ebenso wie in Deutschland und anderen Ländern Mittel- und Westeuropas hatten die Juden es auch in der Republik Polen verstanden, sich maßgebenden Einfluß auf allen Lebensgebieten zu verschaffen. Sie saßen in den polnischen Ämtern, sie spielten eine Rolle im kulturellen Leben, und sie hatten vor allem die Fäden in Industrie, Handel und Gewerbe in der Hand.

EHRI online Course in Holocaust Studies

<http://training.ehri-project.eu/a03-report-german-administration-warsaw-ghetto>

Einen entscheidenden Unterschied zu den Verhältnissen in Deutschland bildete jedoch die Tatsache, daß die Juden in ihrer Mehrzahl hier nicht als Händler oder als Intellektuelle auftreten, sondern daß darüber hinaus große Massen von jüdischen Handwerkern und jüdischen Arbeitern vorhanden waren. Kurz gesagt: Die deutsche Verwaltung hatte hier nicht nur die Aufgabe, den nach dem Polenfeldzug noch vorhandenen Einfluß der Juden in Wirtschaft und kulturellem Leben zu brechen, sie sah sich vielmehr und in erster Linie dem Problem gegenüber, mit einem zahlenmäßig außerordentlich starken jüdischen Bevölkerungsteil fertig zu werden.

Besonders schwierig lagen insoweit die Verhältnisse in der Stadt Warschau. Von rund 1,2 Millionen Einwohnern, die Warschau vor dem Kriege hatte, war etwa jeder dritte Jude. Einige Bezirke der Stadt hatten 80 und sogar 90 % jüdische Bevölkerung. Im Straßenbild der gesamten Stadt war die Verjudung augenscheinlich.

## II. Die Notwendigkeit der Bildung jüdischer Wohnbezirke.

Diese Juden – wie gesagt zum großen Teil Arbeiter und Handwerker – lebten, soweit sie nicht bereits „arriviert“ waren und in den polnischen Stadtteilen wohnten, unter hygienischen Bedingungen, die unbeschreiblich waren. Die Straßen der jüdischen Stadtviertel waren bevölkert von einem orientalisch anmutenden Gewimmel sich schiebender, feilschender und gestikulierender Juden. Beim Vorbeifahren schlug einem Gestank entgegen, so daß man das Tempo beschleunigte. Die Hinterhöfe und die Wohnungen, die gelegentlich bei polizeilichen Aktionen betreten werden mußten, boten Bilder von Verkommenheit und Schmutz, wie sie sonst kaum zu finden sein dürften.

Diese Stadtviertel waren denn auch der Herd des Fleckfiebers, des Bauchtyphus, der Ruhr und anderer ansteckender Krankheiten. Das Bestreben, die deutschen Wehrmachtangehörigen und Beamten und die polnische Bevölkerung vor größeren Epidemien zu bewahren, mußte von vornherein als aussichtslos erscheinen, solange es nicht gelang, den jüdischen Herd der Seuchen einigermaßen zu isolieren. Das war die erste und zugleich zwingendste Überlegung, die auf die Bildung jüdischer Wohnbezirke hinwies.

Dazu kamen weitere, nicht weniger ernste Gesichtspunkte. Die gesetzgeberischen Maßnahmen, die erlassen wurden, um den Einfluß des Juden aus dem kulturellen Leben und der Wirtschaft auszuschalten, zeitigten zwar gewisse Erfolge. Im Laufe der ersten Zeit der

deutschen Verwaltung zeigte sich aber immer stärker, daß Maßnahmen dieser Art letzten Endes nicht ausreichen würden. Es mußte also auch aus diesen Gründen zu einer räumlichen Zusammenfassung der Juden geschritten werden.

Schließlich konnte auch nur auf diesem Wege der Wunsch verwirklicht werden, das jüdische Gepräge aus den Straßen der Stadt verschwinden zu lassen. Es erschien auf die Dauer untragbar, in einer Großstadt wie Warschau auf Schritt und Tritt Juden zu begegnen und alle die Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen, die notwendigerweise eintreten müssen, wenn in einem unter deutscher Hoheit stehenden Gebiet Juden uneingeschränkte Freizügigkeit genießen.

So kam es in der Stadt Warschau bereits im Jahre 1940 – früher als in den anderen Distrikten des Generalgouvernements – zu der Bildung eines jüdischen Wohnbezirks.

### III. Die jüdischen Wohnbezirke im Distrikt Warschau.

Schon kurz nach der Besetzung der Stadt Warschau waren diejenigen Stadtteile, die überwiegend von Juden bewohnt waren, zum Seuchensperrgebiet erklärt worden. Dieses Gebiet sollte von Deutschen grundsätzlich nicht betreten werden, um dadurch die Ansteckungsgefahr zu vermindern. Wirksame Umgruppierungen waren jedoch mit dieser Maßnahme nicht verbunden. Die polnischen und sogar die volksdeutschen Bewohner durften im Seuchensperrgebiet wohnen bleiben, die über das ganze Stadtgebiet verteilt wohnenden Juden brauchten ihre Wohnungen nicht in das Sperrgebiet zu verlegen. Im Frühjahr wurden sodann die Beratungen über die Bildung eines oder mehrerer jüdischer Wohnbezirke in der Stadt Warschau aufgenommen. Die damals mit dieser Frage befaßte Abteilung Umsiedlung im Amt des Distriktschefs plante zunächst die Errichtung zweier jüdischer Wohnbezirke am Rande der Stadt. Nachdem die Vorarbeiten eine Zeitlang geruht hatten, wurde schließlich im August beschlossen, einen jüdischen Wohnbezirk an der Stelle der bis dahin schon überwiegend von Juden bewohnten Stadtteile, also an der Stelle des alten Seuchensperrgebietes, zu errichten.

In den Monaten Oktober und November 1940 wurde dieser Plan durchgeführt. Die Umsiedlungsmaßnahmen umfaßten rund 700 Volksdeutsche, 113 000 Polen und 138 000 Juden.

Es wurden rund 11 500 nichtjüdische Wohnungen im jüdischen Wohnbezirk und 13 800 jüdische Wohnungen in der übrigen Stadt aufgegeben.

Die Grenze dieses jüdischen Wohnbezirks, wie sie aus der beigefügten Karte ersichtlich

ist, umschließt ein Gebiet von ungefähr 400 ha. In ihm wohnen 450 000 bis 500 000 Juden. Die ursprünglich vorhandene Zahl von etwas mehr als 400 000 Juden ist dadurch vergrößert worden, daß in den Monaten Februar und März 1941 die in den westlichen Kreisen des Distrikts Warschau lebenden Juden in den jüdischen Wohnbezirk Warschau umgesiedelt wurden. Die genaue Zahl der derzeit vorhandenen Bewohner läßt sich nicht angeben, sie wird erst durch die demnächst durchzuführende Volkszählung festgestellt werden.

Der jüdische Wohnbezirk in Warschau ist ein geschlossener Bezirk. Das heißt, daß das betreffende Gebiet durch Mauern, Zäune und dergleichen gegen die Umwelt abgeschlossen und der Personen- und Warenverkehr nur gegen besondere Genehmigung zulässig ist. Über die verwaltungsrechtliche Struktur ist folgendes zu sagen:

Als Vertretung der Juden wurde bereits im Jahre 1939 ein Judenrat gebildet, der in Warschau aus 24 Mitgliedern besteht und von einem Obmann geleitet wird. Auf Grund der in der Verordnung über den jüdischen Wohnbezirk in Warschau vom 19. April 1941 enthaltenen Ermächtigung wurden dem Obmann des Judenrates in Warschau durch die Anordnung vom 14. Mai 1941 die Aufgaben und Befugnisse eines Bürgermeisters übertragen. Damit ist zum Ausdruck gekommen, daß der jüdische Wohnbezirk in Warschau eine selbständige Gemeinde ist, deren Bürgermeister unter voller eigener Verantwortlichkeit die Gemeindeangelegenheiten führt.

Die deutsche Aufsicht wurde zunächst durch den Leiter der Abteilung Umsiedlung<sup>9</sup> ausgeübt. In der bereits erwähnten Verordnung vom 19. April 1941 wurde sodann die Dienststelle eines Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk geschaffen. Der Kommissar, der dem Gouverneur unmittelbar untersteht, führt wie ein Stadthauptmann die Aufsicht über die jüdische Verwaltung. Zur Vermittlung des Wirtschaftsverkehrs zwischen dem jüdischen Wohnbezirk und der Umwelt wurde die in einem früheren Kapitel dieses Buches bereits erwähnte Transferstelle Warschau errichtet. Diese Körperschaft, die ebenfalls der Aufsicht des Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk untersteht, hat die Aufgabe, den Wirtschaftsverkehr des jüdischen Wohnbezirks zu überwachen und zu fördern.

Die jüdische Verwaltung hat, entsprechend den ihr zugewiesenen Aufgaben, einen ausschließlich

mit Juden besetzten Verwaltungsapparat, der alle Zwecke der Kommunalverwaltung umfaßt. So hat beispielsweise der Obmann des Judenrates eine Abteilung für Gesundheitswesen, ein Quartieramt, ein Meldeamt, eine eigene Steuer- und Finanzabteilung usw. Darüber hinaus sind im jüdischen Wohnbezirk in Warschau zusätzlich eine Reihe von Einrichtungen geschaffen worden, um die deutschen und polnischen Verwaltungsstellen zu entlasten und den Einsatz von Ariern im jüdischen Wohnbezirk nach Möglichkeit zu vermindern. Dabei sind zu nennen der jüdische Ordnungsdienst in Stärke von 2000 Mann, der unter Aufsicht der deutschen und polnischen Polizei ordnungs-, gewerbe- und sanitätspolizeiliche Aufgaben zu erfüllen hat, ferner die jüdische Postverwaltung, die die gesamte für den jüdischen Wohnbezirk bestimmte Post von der Deutschen Post Osten übernimmt und im jüdischen Wohnbezirk weiterverteilt, ebenso auch die ausgehende Post sammelt und geschlossen ausliefert; eigene Verkehrsbetriebe und ähnliche Einrichtungen vervollständigen dieses Bild.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, um die jüdische Arbeitskraft nutzbringend einzusetzen. Die jüdischen Werkstätten haben im Jahre 1941 mit ständig steigenden Beschäftigtenziffern Aufträge der arischen Wirtschaftsseite ausgeführt, vor allem auch in großem Umfang für Wehrmachtsbestellungen gearbeitet. Die Beschaffung von Lebensmitteln und sonstigem Bedarf erfolgt durch die Versorgungsanstalt für den jüdischen Wohnbezirk, die unter Aufsicht der Transferstelle Warschau die benötigten Waren ankauft und nach den Weisungen des Kommissars innerhalb des jüdischen Wohnbezirks verteilt.

Außer den im jüdischen Wohnbezirk in Warschau befindlichen Juden leben in den Ostkreisen des Distrikts noch etwa 110 000 Juden. Diese Juden sind in einigen kleineren, geschlossenen Wohnbezirken, so in Siedlce und Sokolow, und im übrigen in einer größeren Zahl nichtgeschlossener Wohnbezirke zusammengefaßt. Darüber hinaus lebt noch eine kleinere Zahl von Juden in verschiedenen Landgemeinden.

#### IV. Erfahrungen und ihre Auswertung.

Der jüdische Wohnbezirk in Warschau besteht nunmehr seit etwa einem Jahr. Die während dieses Jahres gesammelten Erfahrungen sind außerordentlich wertvoll für die Beurteilung der Frage, ob die bisher getroffenen Maßnahmen zweckmäßig waren.

Dabei hat sich zunächst eines mit aller Deutlichkeit gezeigt: Die Bildung eines geschlossenen jüdischen Wohnbezirks in der Stadt Warschau war das richtige Mittel, um die Ausbreitung des Fleckfiebers auf die arische Bevölkerung zu verringern. Trotz der engen Verzahnung zwischen dem jüdischen Wohnbezirk und der übrigen Stadt Warschau, trotz einer Reihe von Mängeln in der Absperrung und trotz vieler sonstiger in der Großstadt vergleichsweise ungünstig liegender Momente ist erreicht worden, daß lange Zeit hindurch die arische Bevölkerung nur 10 % der gesamten Fleckfieberfälle stellte, während gleichzeitig in den Ostkreisen, in denen eine schärfere Konzentration der Juden noch nicht durchgeführt war, der Anteil der arischen Bevölkerung 30 und mehr Prozent betrug. Allein diese Feststellung rechtfertigt die seinerzeitige Errichtung des jüdischen Wohnbezirks.

Weiter hat sich allerdings auch gezeigt, daß der Schutz der arischen Bevölkerung vor dem Fleckfieber kein vollkommener sein kann, wenn das Prinzip der Abschließung der Juden nicht mit der notwendigen Konsequenz durchgeführt wird. Die Lage eines großen jüdischen Wohnbezirks inmitten einer Großstadt macht es erforderlich, übersichtliche, klare Grenzverhältnisse zu schaffen und bei der Überwachung der Grenzen auf jede unangebrachte Sentimentalität zu verzichten. Weiterhin ist notwendig, auf einem möglichst großen Gebiet weitgehend gleiche Bedingungen zu schaffen, damit der Jude keinen Anreiz hat, seinen jüdischen Wohnbezirk zu verlassen.

In wirtschaftlicher Beziehung kann – auch das haben die bisherigen Erfahrungen bereits gezeigt – selbst bei einem so schwierigen Gebilde, wie es ein jüdischer Wohnbezirk mit 500 000 Einwohnern nun einmal ist, ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings das Vorhandensein einer gut arbeitenden Vermittlung, wie sie die Transferstelle Warschau darstellt. Das Ziel muß dabei immer sein, die jüdische Arbeitskraft entsprechend den Notwendigkeiten des Krieges möglichst nutzbringend einzusetzen. Mindestens muß eine produktive Arbeitsleistung erzielt werden, deren Gegenwert zur Deckung der Lebensbedürfnisse der Juden ausreicht, so daß es nicht zu einer unangemessenen Inanspruchnahme von Fürsorgemitteln kommt.

Die mit der jüdischen Verwaltung gemachten Erfahrungen lassen die Feststellung zu, daß das Organisationstalent der Juden nicht ihrer durchschnittlichen Intelligenz entspricht.

Mit einer Fülle von Angestellten, von Kommissionen, von Sitzungen, kurz mit einem großen Verwaltungsaufwand gelingt es den Juden nur selten, aus eigener Kraft Ordnung in die Dinge zu bringen. Untereinander sind sie von krassem Egoismus, und die von ihnen ausgeübte soziale Tätigkeit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß jeder Einzelne letzten Endes nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist. Sie sind weit entfernt davon, eine Gemeinschaft zu bilden.

Andererseits führen ihre Vertreter die Anweisungen der deutschen Aufsichtsstelle im allgemeinen zufriedenstellend aus. Es hat sich jedenfalls auch insofern als richtig erwiesen, mit einer verhältnismäßig geringen Zahl deutscher Kräfte ausschließlich Aufsichtstätigkeit auszuüben und die Verwaltung selbst unter Heranziehung der wenigen organisatorisch befähigten Personen den Juden zu überlassen.

Insgesamt gesehen ist die Feststellung berechtigt, daß der im Distrikt Warschau eingeschlagene Weg der richtige war, auch im Hinblick auf die größeren politischen Zusammenhänge, die im Rahmen dieser Darstellung nicht erörtert werden konnten.